



# Platz da!

WohnRaum **Lebens** Raum SpielRaum FreiRaum  
für junge Menschen in München

Jugendpolitische Forderungen 2014





Platz da! – Ziele und Zielgruppen der Jugendpolitischen Forderungen	4
Es ist unsere Zukunft – Jugendpolitik von und für die junge Generation	5
Verantwortlich leben können – Jugendliche als eigenständige Persönlichkeiten	6
Lebensgrundlagen schützen – Ressourcenschutz als Grundvoraussetzung	7
Wir brauchen mehr Freiraum – Räume und Gelegenheiten	8
München feiert bunt! – Vom Wert der Demokratie	10
Wir sind mobil – Beweglichkeit muss gefördert werden	12
Bezahlbarer Wohnraum als Grundrecht – Leben und leben lassen	13
Bildung muss demokratisch sein – Bildung als Lernort der Demokratie	14
Im Netz zuhause – Virtuell und ganz real	15



## Platz da!

Kinder und Jugendliche mit ihren speziellen Bedürfnissen geraten zunehmend aus dem Fokus der Gesellschaft oder erscheinen oft nur noch als „Problemgruppe“ im politischen, sozialen und kulturellen Gemeinwesen der Stadt.

### Positionierung zur Kommunalwahl 2014

Bereits im Vorfeld der Kommunalwahlen 2014 wirbt die Initiative „Platz da!“ für eine jugendfreundliche Stadt und ein tolerantes Stadtklima. Die darin formulierten Jugendpolitischen Forderungen benennen diejenigen Themen, die für alle Kinder und Jugendlichen relevant sind.

Die Positionen und Forderungen des Papiers sind allerdings nicht ausschließlich im Kontext dieser Wahlen zu sehen – sie sind eine notwendige Handlungsanleitung für das Agieren von Politik, Verbänden, Medien, Wirtschaft, Kultur und allen anderen Institutionen der Stadtgesellschaft und setzen wesentliche Handlungsimpulse für die Zukunft.

### Absender und Zielgruppen

Als Absender der Jugendpolitischen Forderungen hat der Kreisjugendring München-Stadt – Träger zahlreicher Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der freien Jugendhilfe bzw. der außerschulischen Jugendbildung sowie als Dachorganisation der Münchner Jugendverbände – das politische Mandat der Formulierung und Adressierung übernommen. Zielgruppen der Jugendpolitischen Forderungen sind Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie Gremien und Fachöffentlichkeit.



## Es ist unsere Zukunft

Das Zukunftspotenzial unserer Gesellschaft kann nur dann sinnstiftend für alle Bürgerinnen und Bürger genutzt werden, wenn Bedarfe und Bedürfnisse der heranwachsenden Generation rechtzeitig erkannt, als Thema aufgegriffen und inhaltlich umgesetzt werden.

### Jugendpolitik für unsere Gesellschaft

Eine initiativ angelegte Jugendpolitik ist eine notwendige Voraussetzung zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, toleranten, friedlichen und gerechten Stadtgesellschaft. Alle sind aufgerufen, einen eigenen Beitrag dazu zu leisten und individuelle Verantwortung zu übernehmen:

- Verantwortung für sich selbst und das eigene Handeln,
- Verantwortung für das soziale Umfeld und die Gesellschaft,
- einen verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen und unserer Umwelt.

### Verantwortungsbewusstes Handeln braucht eine verlässliche Basis

Die Voraussetzungen für verantwortliches Handeln werden bereits in der Kindheit bzw. Jugend gelegt. Alltagsorgen und mangelnde Zukunftsperspektiven blockieren und binden Kreativität und notwendiges Verantwortungspotenzial.

Deshalb benötigen junge Menschen – neben dem öffentlich geäußerten Verständnis für ihre Lebenssituation – konkrete und verlässliche Perspektiven für eine zukunftsfähige Lebensgestaltung. Hierzu zählen insbesondere die Garantie einer guten Ausbildung, die verlässliche Option auf gesicherte Arbeitsverhältnisse sowie die Gewissheit einer gerechten Entlohnung.

Wesentlich sind zudem eine intakte Umwelt, persönliche Freiräume, Toleranz, Anerkennung und eine demokratische Gesellschaft, in der sich alle gleichermaßen entfalten und entwickeln können.

## Verantwortlich leben können

In München leben aktuell ca. 307.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zwischen sechs und 26 Jahren. Die Prognosen weisen mittelfristig steigende Zahlen für diese Altersgruppen auf.

Kinder und Jugendliche wollen sich die Welt aneignen und sich mit ihr auseinandersetzen. Dafür brauchen sie Unterstützung, Begleitung und ein Umfeld, das sie fördert und anregt.

In der Jugendphase vollziehen sich weitreichende körperliche, seelische und soziale Veränderungen. Jugendliche stehen in der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Lebensentwürfen. In dieser Phase werden auch bereits bestehende Erfahrungen und Werte auf den Prüfstand gestellt.

Ausreichend Zeit und Raum zur freien Entfaltung, vielfältige Experimentier- und Erfahrungsräume sowie ein abwechslungsreiches und gerechtes Bildungsangebot, das die Stärken der Kinder und Jugendlichen gleichermaßen fördert, sind deshalb unabdingbar. Nur so können sich junge Menschen zu starken und selbstbewussten Persönlichkeiten entwickeln, die dann Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernehmen.

### Deshalb fordern wir:

- Entschleunigung der Kindheits- und Jugendphasen, um Freiräume zum Experimentieren und Ausprobieren sowie für außerschulische Bildungsangebote zu schaffen,
- Etablierung qualitativ hochwertiger Ganztagsbildungsangebote, die den unterschiedlichen Potenzialen und Interessen der Kinder und Jugendlichen gerecht werden,
- Entwicklung von Angeboten für junge Menschen, die ein verantwortliches und gesundes Leben fördern,
- Gewährleistung einer gesunden Ernährung in Kindertageseinrichtungen und Schulen,
- Förderung und Wertschätzung eines vielfältigen ehrenamtlichen Engagements – auch durch Anreizsysteme.
- Schaffung attraktiver und wirksamer Beteiligungs- und Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche, damit diese die Stadtgesellschaft nach ihren Vorstellungen aktiv mitgestalten können. Diese beinhalten u. a. ein aktives kommunales Wahlrecht ab 16 Jahren sowie die Einrichtung virtueller Beteiligungsformen.



## Lebensgrundlagen schützen

Auch wenn Umwelt- und Klimaschutz häufig abstrakt sind, so ist auch hier – wie beim Schutz der direkten natürlichen Umgebung – das verantwortungsvolle Handeln vor Ort entscheidend. Deswegen ist es wichtig, den Kindern und Jugendlichen schon in jungen Jahren Wissen über Energieeffizienz und Ressourcenschonung altersgerecht und ansprechend zu vermitteln bzw. Anreize zu schaffen, Gelerntes umzusetzen.

Gerade für Kinder, die in Großstädten aufwachsen und denen häufig der Bezug zur Natur fehlt, ist es besonders wichtig, Natur erfahrbar zu machen. Denn nur wer sie erleben kann, wird sie auch entsprechend wertschätzen. Da in diesem Bereich mit dem eigenen (umweltgerechten) Handeln meist keine direkt erlebbare Wirkung verknüpft ist, ist es umso wichtiger, als Vorbild voranzugehen.

### Deshalb fordern wir

#### ... von der Stadtgesellschaft:

- Einführung von regional und biologisch angebauten bzw. fair gehandelten Lebensmitteln in allen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und die Verknüpfung mit entsprechenden Bildungsangeboten,
- Unterstützung von Familien, Schulen, Jugendarbeit und unterschiedlichen Akteuren der Stadtgesellschaft zur Förderung des kritischen Konsums von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Erarbeitung und Umsetzung niederschwelliger und altersgerechter Angebote der Vermittlung von Umweltbildung.

#### ... von der Kommunalpolitik:

- konsequent nachhaltige Ausrichtung des kommunalen Beschaffungswesens sowie von Einrichtungen und Angeboten für Kinder und Jugendliche,
- Schaffung und Erhaltung von (wilden) Grünflächen und Naturräumen in der Stadt, um Naturerfahrungen zu ermöglichen,
- Einführung von Förderprogrammen für Jugendliche, mit deren Hilfe kleinteilige Bildungsprojekte im Umweltbereich umgesetzt werden können.



## Wir brauchen mehr Freiraum

München soll eine Stadt sein, in der Platz für die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen ist: auffallen dürfen – ohne als störend wahrgenommen zu werden; Ziele verwirklichen können – ohne dabei eingeschränkt zu werden; den eigenen Platz in der Stadtgesellschaft finden – ohne sich anpassen zu müssen. Denn Kinder und Jugendliche benötigen Räume, die nicht vorstrukturiert und zweckgebunden sind. Sie brauchen Räume, die ihnen vorbehaltlos zugestanden werden. Darüber hinaus müssen sie sich eigene urbane Orte aneignen dürfen, ohne einem konkreten Verwertungsdruck ausgesetzt zu sein.

Wir setzen uns deshalb für eine offene kinder- und jugendfreundliche Stadt ein, die deutlich mehr Freiraum für junge Menschen als bislang bietet.

In diesem Verständnis muss die Landeshauptstadt München auch „Wildwuchs“ und eigenständige Jugendkulturen im öffentlichen Stadtbild ermöglichen. Kinder und Jugendliche sollen selbst bestimmen, inwieweit diese Jugendkulturen in institutionalisierte Bahnen übergehen. Die Stadtgesellschaft muss Irritationen und Reibungen zwischen den gelebten Kulturen als Bereicherung ermöglichen und fördern.



**Deshalb fordern wir  
... von der Stadtgesellschaft:**

- Respekt und Toleranz gegenüber einer selbstbestimmten Gestaltung und Nutzung von städtischen Freiräumen.

**... von der Kommunalpolitik:**

- Erhalt und Erweiterung von Flächen zum Spielen und zur freien Entfaltung von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum – insbesondere in Vierteln, die von Gentrifizierung geprägt sind,
- kostenlose Überlassung leerstehender städtischer Gebäude zur Zwischennutzung für kreative Aktionen,
- Einbindung Jugendlicher in den städtischen Planungsprozess zur Neugestaltung des innerstädtischen Isar-Bereichs. Dort und an vielen anderen Orten der Stadt müssen „wilde“ Grünflächen und Naturräume erhalten werden.
- Ausweisung geeigneter öffentlicher Flächen für „Urban Gardening Projekte“: Tauschen, teilen, gemeinsam anbauen und essen werden so zur gelebten politischen Vision einer ökologisch orientierten und weitgehend autarken Stadtgesellschaft.
- Schaffung von Online-Beteiligungsmöglichkeiten bei stadtgesterischen Prozessen.



## München feiert bunt!

Rechtsextremismus gehört zunehmend zur gesellschaftlichen Realität. Versäumnisse im Kampf gegen rechtes Gedankengut einerseits und eine besorgniserregende Akzeptanz fremdenfeindlicher Ideologie in der Öffentlichkeit andererseits haben u. a. zur Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) geführt. Gleichzeitig bleibt unklar, warum Initiativen und Vereine in ihrer Aufklärungsarbeit behindert werden.

Bei Auftritten rechtspopulistischer Parteien wird deutlich, dass durch rassistische und islamfeindliche Parolen die bunte und vielgestaltige Stadtgesellschaft gespalten werden soll. Demokratische Werte werden instrumentalisiert und Menschenrechte mit Füßen getreten.

Wir setzen uns für ein weltoffenes, durch Vielfalt und Gemeinsinn geprägtes München ein. Menschen, die hier ankommen, leben, arbeiten und die Stadtgesellschaft mit prägen, sollen grundsätzlich und unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Glaube, Geschlecht, sexueller Identität oder Behinderung hier willkommen sein und ein Zuhause finden.

Im jugendpolitischen Kontext setzen wir weiterhin auf historische bzw. politische Bildung. Im schulischen wie außerschulischen Bildungsbereich müssen demokratische Werte und Menschenrechte offensiv und in methodischer Vielfalt vermittelt werden.

### Deshalb fordern wir

#### ... von der Stadtgesellschaft:

- gemeinsames entschlossenes Entgegenreten aller demokratischen Parteien, Organisationen, Verbände und Medien gegenüber populistischen oder rechtsextremen Parteien wie „Die Freiheit“, „Pro München“ oder der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA),
- Förderung eines Selbstverständnisses als lebendige und selbstbewusste Demokratie. Als offene multikulturelle Gemeinschaft gestalten wir gemeinsam die Stadt.

#### ... von der Kommunalpolitik:

- Unterstützung engagierter Bürgerinnen und Bürger im Kampf gegen Rechtsextremismus in größtmöglichem Maße durch die Stadtpolitik und die kommunale Verwaltung sowie eine Entbürokratisierung der Verfahrenswege,
- Einrichtung eines islamischen und eines jüdisch-liberalen Zentrums in München, die die Stadtgesellschaft Münchens bereichern und stützen,
- Ausrufung eines jährlich wiederkehrenden städtischen Jahrestages durch die Landeshauptstadt München unter dem Motto: „München feiert bunt!“.





## Wir sind mobil

Freundinnen und Freunde in der ganzen Stadt besuchen, zur Schule oder zum Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz fahren, die Stadt mit Fahrrad oder Skateboard erfahren: Das und vieles mehr bedeutet „mobil sein“ für junge Menschen. Die ungehinderte räumliche, zeitliche und soziale Beweglichkeit ist elementarer Bestandteil des Erwachsenwerdens.

Der öffentliche Nahverkehr wird immer teurer und ein eigenes Auto ist für Jugendliche kaum finanzierbar. Sie verfügen über kein geregeltes Einkommen und brauchen Unterstützung und Solidarität, um die von der Gesellschaft geforderte Mobilität mitzubringen.

Gleichzeitig ist der Trend zu beobachten, dass Individualverkehr mittels eigenem Pkw zunehmend an Bedeutung verliert. Alternative Mobilitätskonzepte sind attraktiv geworden – das Teilen von Kosten für Mobilität ist üblich.

Jugendliche Bewegungsformen, wie beispielsweise Radfahren oder Skaten, erheben Anspruch auf gleichwertigen Raum wie Autos.

### Deshalb fordern wir

#### ... von der Stadtgesellschaft:

- Fokussierung auf alternative Mobilitätskonzepte statt weiterer Privilegierung des Autoverkehrs. Es soll ein Klima der allgemeinen Zustimmung zu ökologisch sinnvollen und effizienten Formen der Bewegung in der Stadt entstehen.

#### ... von der Kommunalpolitik:

- Wandlung Münchens zur echten Radl-Hauptstadt: Breite Radwege, Radparkplätze, Fahrradstraßen, radfreundliche Ampelschaltungen und offene Einbahnstraßen für Radfahrerinnen und Radfahrer sollen flächendeckend eingerichtet werden,
- Schaffung von Freiräumen, in denen sich Fußgänger/innen, Radfahrer/innen und Skater/innen gleichberechtigt nebeneinander bewegen können.
- Unterstützung bei der Einführung eines Jugend- und Ausbildungstickets für den gesamten ÖPNV-Bereich in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG und den kommunalen Verkehrsbetrieben. Die Kosten dafür dürfen 20 Euro pro Monat nicht übersteigen.



## Bezahlbarer Wohnraum als Grundrecht

Die hohe Attraktivität Münchens als Arbeits-, Wohn- und Lebensort hat eine Kehrseite: Der örtliche Wohnungsmarkt gehört zu den angespanntesten in ganz Deutschland. Die im Durchschnitt sehr hohen Mietpreise für bestehende Mietverhältnisse und extreme Steigerungen bei Neuvermietungen treffen vor allem junge Menschen.

Gleichzeitig stehen jugendgemäße Wohnformen, wie zum Beispiel Wohngemeinschaften, in ungleichem Wettbewerb mit solventen Mieterinnen und Mietern und bilden eine zahlenmäßige Randerscheinung.

Hohe Vermittlungsprovisionen für Makler, beizubringende Bürgschaften sowie Kautionen können in der Regel durch Auszubildende und Studierende nicht erbracht werden. Bei der Bewerbung um Wohnraum unterliegen Jugendliche meist den Mitbewerbern, weil sie noch über kein geregelttes Einkommen verfügen oder sich in unsicheren Ausbildungs- bzw. Arbeitsverhältnissen befinden.

### Deshalb fordern wir

#### ... von der Bundespolitik:

- Änderung geltender Regelungen durch die gesetzgebenden Organe dahingehend, dass Wiedervermietungsmieten maximal zehn Prozent über der Vergleichsmiete der letzten zehn Jahre liegen dürfen. Bestehende Mieten dürfen im Zeitraum von vier Jahren um maximal 15 Prozent angehoben werden.

#### ... von der Landespolitik:

- Einrichtung von genügend Wohnheimplätzen für Studierende,
- Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für den Erlass von Erhaltungssatzungen auf kommunaler Ebene durch den Bayerischen Landtag, um die voranschreitende Umwandlung von Mietwohnungen in luxussanierte Eigentumswohnungen zu stoppen.

#### ... von der Kommunalpolitik:

- konsequente Berücksichtigung junger Menschen als besonders unterstützungswürdige Zielgruppe beim geförderten Wohnungsbau,
- Verpflichtung von Bauträgern, bei der Entwicklung von Neubaugebieten im Zuge der Bauleitplanung auf die Schaffung von Wohnraum für junge Menschen zu achten (Wohnheime, 1-Zimmer-Wohnungen, etc.). Zudem sind eine zentrale Stelle für die Vermittlung von privatem und öffentlichem Wohnraum an junge Menschen einzurichten sowie Konzepte zur alternativen Wohnraumgewinnung und -vermittlung zu entwickeln.

## Bildung muss demokratisch sein

Demokratie ist sowohl eine Staats- als auch eine Lebensform. Sie bezieht alle Menschen einer Gesellschaft in notwendige Entscheidungsprozesse ein. Lebendige und gelebte Demokratie zeigt sich im unmittelbaren Zusammenleben von Menschen; sie muss deshalb auch für Kinder und Jugendliche erlebbar sein.

Demokratie und Partizipation durchziehen alle Lebenswelten – nicht zuletzt die Angebote und Strukturen von Bildung im außerschulischen Bereich. An diesen Orten kann demokratisches Handeln erlernt und eingeübt werden. Kinder und Jugendliche erleben dabei die Wirksamkeit eigenen Handelns und den Wert von Partizipation.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ein verbrieftes Grundrecht und leitet sich unmittelbar aus der UN Kinderrechtskonvention ab. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Schule oder Hochschule mitgestalten können, sind in hohem Maße bereit, sich anderswo zu engagieren.

### Deshalb fordern wir

#### ... von der Landespolitik:

- Schaffung gleicher Bildungschancen – unabhängig von Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, körperlicher oder geistiger Behinderung, sexueller Identität, Religion/Weltanschauung oder politischen Ansichten,
- Sicherstellung einer kostenlosen Teilhabe an Bildung von Anfang an,
- Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems – Etablierung einer Schule für alle bis zur zehnten Jahrgangsstufe,
- gleichberechtigte Einbeziehung der Jugendarbeit bei einer ganzheitlichen Schulentwicklung hin zur Ganztagschule unter Anerkennung der Besonderheiten der unterschiedlichen Systeme Schule und Jugendarbeit,

- Stärkung der Autonomie der einzelnen Schulen,
- Ausbau der politischen Bildung in allen Schulformen und Jahrgangsstufen,
- Schaffung zeitlicher Freiräume; u. a. Entscheidungsmöglichkeiten der Schulen über Unterrichtszeiten, Rhythmisierung des Unterrichts, hausaufgabenfreies Wochenende,
- Abschaffung der Notenvergabe und Einführung einer positiven Evaluationskultur,
- Konzeption und Durchführung einer Informationskampagne zu den Rechten von Schülerinnen, Schülern und Eltern und zur Ausgestaltung von Schulformen,
- Verankerung demokratischer Werte und Strukturen in Schulen und Hochschulen,
- Gestaltung von Schule und Hochschule als Orte zum Wohlfühlen,
- Wertschätzung, Förderung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden inner- und außerhalb von Schule und Hochschule,
- Einführung einer verfassten Studierendenschaft,
- Reform der Ausbildung von Lehrkräften, verpflichtender Eignungstest vor Studienbeginn sowie Supervision zur Reflexion des eigenen pädagogischen Handelns.

#### ... von der Kommunalpolitik:

- Einrichtung eines Münchner Hauses der Schülerinnen und Schüler,
- Schaffung von Ombudsstellen im Referat für Bildung und Sport (RBS) der Landeshauptstadt München zur unabhängigen Konfliktsschlichtung an Schulen,
- Abschaffung der Gebühren an Berufsfach- und Meisterschulen.

## Im Netz zuhause

Internet und Computerspiele, Lernsoftware und Edutainment – virtuelle Unterhaltungs-, Kommunikations- und Bildungsangebote sind im Alltag von Kindern und Jugendlichen allgegenwärtig und längst zum selbstverständlichen Instrument der Teilhabe geworden.

Jugendliche nutzen Medien, um sich in virtuellen (oder auch realen) Räumen zu treffen, sich auszutauschen oder einfach Spaß zu haben. Gemeinschaft wird heute bevorzugt über das Internet gestiftet – durch digitale Kommunikation entstehen virtuelle Sozialräume. Auf die zunehmende Bedeutung der Online-Kommunikation und die daraus erwachsenden Veränderungen in den Lebenswelten junger Menschen muss reagiert werden.

### Deshalb fordern wir

#### ... von der Landespolitik:

- Erhöhung der Medienkompetenz von Lehrenden, denn statt Verboten müssen aktuelle Entwicklungen gekannt, anerkannt und positiv genutzt werden,
- Einrichtung von virtuellen Klassenzimmern inklusive der Bereitstellung der nötigen Schulausstattung sowie eine umfassende Schulung von Lehrkräften.

#### ... von der Kommunalpolitik:

- Installation eines Informationsportals für Schülerinnen und Schüler durch die Landeshauptstadt München, die auch dauerhaft die nötigen Ressourcen dafür bereitstellen soll. Dort sollen alle schulrelevanten Informationen, Materialien und Anträge hinterlegt werden, die die Schülerinnen und Schülern unterstützen,
- Einrichtung kommunaler E-Government Modellprojekte, die der Vereinfachung und Verbesserung der Kommunikationswege dienen,
- Einbindung und aktive Mitbestimmung der Stadtgesellschaft über LiquidFeedback (Software zur politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung),
- Unterstützung bei der Schaffung von Freiräumen innerhalb der restriktiven Regelungen des Urheberrechts, da diese die Kreativität von Kindern und Jugendlichen einschränken. Die politisch Verantwortlichen werden aufgefordert, unter Achtung des Wertes geistigen Eigentums Freiräume zur kulturellen Teilhabe junger Menschen zu schaffen.



Herausgeber:

Kreisjugendring München-Stadt  
im Bayerischen Jugendring, KdÖR

Verantwortlich: Tom Rausch, Vorsitzender  
Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München  
Tel. 089 / 51 41 06 10

[www.kjr-m.de](http://www.kjr-m.de); E-Mail: [info@kjr-m.de](mailto:info@kjr-m.de)

Fotos: Julian Schulz ([www.julian-schulz.com](http://www.julian-schulz.com)),  
außer Seite 2: Albert Kapfhammer und Seite 13:  
Klaus Haag

Gestaltung: Fa-Ro Marketing, München

Gedruckt auf 100 % Recycligpapier

Der Kreisjugendring München-Stadt wird gefördert  
aus Mitteln der Landeshauptstadt München